



StopEPA-Kampagne
e-Newsletter No. 8
September 2007

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

Am 27. September jährt sich zum fünften Mal der Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über EPAs. Gemeinsam mit mehr als 70 anderen Organisationen und Netzwerken in mehr als 40 Ländern weltweit möchten wir gegen EPAs protestieren und gemeinsam zu einem **Internationalen StopEPA-Tag** aufrufen. **Beteiligen Sie sich an der zentralen Aktion in Berlin.** Näheres zum Aktionsaufruf sowie zur Aktion gibt es unter dem Punkt **Veranstaltungs- und Aktionshinweise.**



Darüber hinaus möchten wir Sie/Euch mit der achten Ausgabe des newsletters der deutschen StopEPA-Kampagne über den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über den Abschluss regionaler Freihandelsabkommen (EPAs) informieren.

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA)**, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Wir wünsche Euch/Ihnen spannende Lektüre

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

----- **Inhalt** -----

1. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft - außer Spesen nichts gewesen?
2. A matter of political will – eine Frage des politischen Willens
3. Hinweise auf neue Publikationen zu EPAs
4. Veranstaltungs- und Aktionshinweise

1. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft - außer Spesen nichts gewesen?

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist schon wieder „Geschichte“. Die Hoffnung, dass Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Versprechen einlösen, einen armutsorientierten „Meilenstein“ in die Handelsabkommen mit den AKP-Staaten zu setzen, war vergebens. Die jetzt verhandelten EPAs (Economic Partnership Agreements)

werden nicht die versprochenen „Entwicklungsinstrumente“ werden, sondern reine Freihandelsabkommen. Es geht in erster Linie um Marktöffnung im Interesse europäischer Konzerne. In ihren Antworten auf Lobby-Briefe der StopEPA-Kampagne, die an die Bundesregierung und das BMZ geschrieben wurden, versprach die Entwicklungsministerin, die historische Chance der EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die Interessen der afrikanischen Staaten in den EPAs zu verankern. Dies ist ein Lippenbekenntnis geblieben. Leere Versprechungen. Trotz vielfältiger und internationaler Aktionen der StopEPA-Kampagne und des Bündnisses epa2007, zu dem die kirchlichen Hilfswerke wie Brot für die Welt und EED gehören, gelang es nicht, die EU „wachzurütteln“, einen drastischen Kurswechsel in den gegenwärtigen EPA-Verhandlungen vorzunehmen. Weder der medienwirksame „Wake Up Call“ vor dem Kanzleramt in Berlin noch die ca. 24.000 Botschaften, die seit Januar 2007 bei Angela Merkel im Rahmen der internationalen e-Mail-Aktion eingegangen sind, scheinen irgendetwas zu bewirken. Die Kommission setzt die AKP-Staaten mit ihrer „Zuckerbrot und Peitsche“- Taktik unter Druck, EPAs bis Ende 2007 zu unterzeichnen. Zynische Interessenpolitik.

Wie zynisch diese Politik ist, wird deutlich, wenn man weiß, dass die Nachhaltigkeits- und Wirkungsanalysen insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen und Investitionen bisher nicht abgeschlossen bzw. noch gar nicht angefangen wurden. Die AKP-Länder werden also gezwungen, Verträge zu unterzeichnen, deren Auswirkungen sie noch gar nicht einschätzen können. Auch wurde kürzlich ein Verhandlungsentwurf der EU-Kommission bekannt, in dem Themen wie Investitionen und Handel mit Dienstleistungen erneut enthalten waren, obwohl die SADC-Gruppe, die die Interessen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika vertritt, dies im Vorfeld klar abgelehnt hatte. Während Frau Wiczorek-Zeul am 06.04.2006 in einem Brief an die StopEPA-Kampagne noch die Position vertrat: „Ich teile ihre Auffassung, dass die EU keine Verhandlungen zu neuen Themen fordern sollte“ konstatiert sie im März 2007: „..... halte ich umfassende EPAs für den richtigen Ansatz, die auch handelsbezogene Themen umfassen“.

Widerstand ist wichtiger denn je. Doch auch wenn sich unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft kaum etwas bewegt hat, müssen weiterhin alle Chancen genutzt werden, damit nicht Ende 2007 grünes Licht für den Ausverkauf Afrikas gegeben wird. Eine weitere Etappen des Widerstandes ist der Internationale StopEPA Aktionstag am 27. September sowie der EU-Afrika- Gipfel im Dezember in Lissabon. Nach wie vor fordern wir in den zukünftigen EU-AKP Handelsbeziehungen:

- die nachhaltige Entwicklung in den AKP-Staaten in den Mittelpunkt zu stellen und die ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Menschenrechte zu verwirklichen;
- die AKP-Staaten durch die Beibehaltung des „Prinzips der Nicht-Gegenseitigkeit“ nicht zu weiteren Marktöffnungen zu zwingen und für alle AKP-Staaten weitere Sonder- und Vorzugshandlungen zu gewähren;
- das Recht der AKP-Produzenten und Produzentinnen zu berücksichtigen, ihre heimischen und regionalen Märkte so zu schützen, wie sie und ihre Regierungen es für notwendig erachten;
- das Prinzip der Ernährungssouveränität anzuerkennen und zu unterstützen;
- das Recht der AKP-Staaten, in voller Souveränität und mit dem nötigen politischen Handlungsspielraum ihre Entwicklungsstrategien festzulegen, zu unterstützen und zu respektieren.

2. A matter of political will – eine Frage des politischen Willens

Am 11. September informierte Handelskommissar Peter Mandelson die EU-ParlamentarierInnen des Handelsausschusses (INTA, International Trade Committee) in Brüssel über den Stand der Verhandlungen aus Sicht der EU (http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/acp/pr110907_en.htm). Die Rhetorik ist inzwischen vertraut: EPAs seien entwicklungsfreundlich, die EU mache weitreichende Angebote, habe Verständnis für die AKP-Länder und sei flexibel. Aber: wenn die 6 Verhandlungsgruppen nicht bis zum 31.12.2007 EPAs unterzeichnet hätten, würden diese AKP-Staaten „ernsthafte Schwierigkeiten haben“. Und er betont erneut, dass es keine Alternativen zu EPAs gibt. Das Argument ist wieder einmal die WTO-Kompatibilität der Abkommen. Die EU will

Freihandelsabkommen, die auf gegenseitige, nahezu vollständige Marktöffnung basieren, mit dem Argument durchsetzen, dass etwas anderes von der WTO nicht akzeptiert werden würde.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Forschungsinstitute hatten dagegen in den letzten Monaten darauf hingewiesen, dass es durchaus Alternativen gibt: So könnte zum einen eine weitere Ausnahmegenehmigung zur Verlängerung der bisherigen Präferenzen beantragt werden – was die EU ablehnt. Des weiteren gibt es die Möglichkeit, den AKP-Staaten ein so genanntes GSP+ Abkommen anzubieten. Diese besondere Variante des Allgemeinen Präferenzsystems bietet den meisten AKP-Staaten wesentlich mehr Vergünstigungen als das von der EU angebotene allgemeine Präferenzsystem (im Falle eines Scheiterns der EPA-Verhandlungen). Auch hier sagt die EU, dass dies – wenn überhaupt, frühestens in 2009 greifen könne.

Ab dem 01.01.2008 müssten so 31 AKP-Staaten, die nicht unter die EBA-Initiative (Alles außer Waffen) der EU fallen, mit erheblichen Absatz- und Einkommensverlusten rechnen. So würde z.B. der EU-Zoll auf AKP-Thunfisch in Dosen auf bis zu 24% steigen. Für sehr viele Waren und Güter würden die Zolltarife von 0 auf 10-20% steigen. Die hiermit verbundenen Exportausfälle sind für viele AKP-Länder kaum zu verkraften.

Die EU zeigt hier keinerlei Flexibilität geschweige denn den politischen Willen, Alternativen – zumindest als Übergangslösungen – anzubieten. Ihre Strategie bleibt eindeutig: Öffnung der AKP-Märkte für europäische Produkte, Waren und Dienstleistungen. Im August hat die ESA-Verhandlungsgruppe der EU offiziell mitgeteilt, dass sie nicht mehr mit einem Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2007 rechnet. Sie bitten daher die EU-Kommission um eine Übergangslösung die garantiert, dass es für die AKP-Staaten nicht zu Exporteinbrüchen und damit Einnahmeausfällen kommt. Eine Reaktion der EU auf diesen Brief ist bisher nicht bekannt.

3. Hinweise auf neue Publikationen zu EPAs

Polarisierung durch Freihandel: Eine Zwischenbilanz des Handelsabkommens der EU mit Südafrika. Gottfried Wellmer / KOSA (Hrsg.) Dez. 2006.

Zu beziehen unter www.kosa.org/formulare/publikat.html

Polarisierung durch Freihandel: Südafrikas Erfahrungen aus dem Freihandel mit der EU: Lehren für die AKP-Staaten. 8-seitige Dokumentation. Als Druck kostenlos erhältlich gegen

Versandkostenpauschale (2 €) unter post@stopepa.de

Als kostenloser download: [KOSA_Doku_SA_AKP_EPAs.pdf](#)

EPA fact sheets – 10 zweiseitige Informationsblätter zu 10 verschiedenen Themen.

Sie können bestellt werden unter [factsheet_EPAs.pdf](#)

Understanding the Economic Partnership Agreements (EPAs). South Centre, März 2007, 17 pages. [2007Mar_EPA_Fact_Sheet_No1.pdf](#)

Signing Away The Future: How trade and investment agreements between rich and poor countries undermine development, Oxfam International, März 2007.

[Oxfambp101_Signing Away the Future final_020307.pdf](#)

Much to lose, little to gain: Assessing EPAs from the perspective of Malawi. Tearfund, April 2007 [much_to_lose_little_to_gain.pdf](#)

A Matter of Political Will. How the European Union can maintain market access for African, Caribbean and Pacific countries in the absence of Economic Partnership Agreements. TWN Africa, Oxfam International. April 2007

[070425 EPAs note on GSP+ A Matter of Political Will English.pdf](#)

4. Veranstaltungen – Aktionshinweise

Am 27. September jährt sich zum fünften Mal der Beginn der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten über regionale Freihandelsabkommen, die "Economic Partnership Agreements". Gemeinsam mit mehr als 70 anderen Organisationen und Netzwerken weltweit möchten wir gegen EPAs in ihrer gegenwärtigen Form protestieren und gemeinsam zu einem Internationalen StopEPA-Tag aufrufen.

- **Unterstützen Sie den Aktionsaufruf zum Internationalen StopEPA-Aktionstag**

Wir laden alle Organisationen, Netzwerke und Bündnisse dazu ein, den Aktionsaufruf (unter www.stopepa.de) zu unterstützen. Rückmeldungen bitte an klaus.schilder@weed-online.org oder an dieter.simon@kosa.org

Eine Liste der UnterstützerInnen des Aufrufs sind zu finden unter www.epa2007.de oder unter www.stopepa.de.

- **27.09.2007 Internationaler StopEPA Aktionstag: „Afrika nicht überrollen“**

Für den 27. September ist in Berlin ein zentraler Aktionstag unter dem Motto „Afrika nicht überrollen! Stoppt ungerechte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Afrika!“ geplant.

Pressekonferenz:

Die im formlosen Bündnis EPA2007 und der deutschen StopEPA-Kampagne zusammengeschlossenen Organisationen informieren auf einer Pressekonferenz

**am Donnerstag, den 27. September 2007 von 10.30 bis 11.30 Uhr im Hotel Albrechtshof,
Bankettsaal, Albrechtstr. 8, 10117 Berlin**

über den Verhandlungsstand der Freihandelsabkommen und stellen die Forderungen der Zivilgesellschaft vor. Es sprechen:

- Michael Frein, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Bonn
- Frauke Banse, attac Deutschland, Kassel
- Dieter Simon, Koordination Südliches Afrika (KOSA), Bielefeld

Aktion + Foto-Stunt

Im Anschluss an die Pressekonferenz findet in Nähe des Reichstages der **Foto-Stunt „Die EU überrollt Afrika!“** statt. Eine große Walzmaschine – die die EU symbolisiert – bewegt sich unaufhaltsam auf eine Afrika-Karte zu. Aktivisten protestieren währenddessen lautstark und versuchen, sich gegen die Walze zu stemmen.

Der Foto-Stunt ist von 12.00 bis 13:00 Uhr, Paul-Löbe-Allee/Konrad-Adenauer-Straße, 10557 Berlin.

Bei Interesse an einer **Beteiligung** bitten wir um Rückmeldung an Ulrike Langer (ulanger@oxfam.de)

Nähere Informationen zu den internationalen Aktivitäten finden sich unter <http://www.epa2007.org/front.asp?id=1>

- **E-mail Briefaktion an portugiesischen EU-Ratspräsident Sócrates**

Mit Beginn der portugiesischen Ratspräsidentschaft wurde der EU-Ratspräsident José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa aufgefordert, sich für entwicklungsfreundliche EPAs einzusetzen.

„Nicht Marktöffnung für europäische Exporte, sondern Entwicklung in den AKP-Staaten - das müssen EPAs leisten!“ So lautet die zentrale Forderung an den Ratspräsidenten. **Beteiligen Sie** sich an der Aktion und schicken Sie eine E-mail (<http://epa2007.de/main.asp?id=374>) an Portugals Premier Sócrates! Sagen Sie, dass Sie nicht einverstanden sind!

- **Aktionspostkarte: 5 Fragen zu EPAs an Ihre/n Bundestagsabgeordnete/n**

Schicken Sie eine Aktionspostkarte an ihre/n Bundestagsabgeordneten und fordern Sie Ihn oder Sie auf, 5 Fragen zu EPAs zu beantworten. Die Postkarten können ab Mitte Oktober bestellt werden unter post@stopepa.de oder auf der webseite www.stopepa.de